

## Die steirische Landwirtschaft 1914–1920

Von Peter Hansak

Mit Kriegsausbruch war die österreichische Landwirtschaft hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung im westlichen Teil der Monarchie auf sich allein gestellt. Ungarn reduzierte nämlich bereits sehr früh den Handel mit Vieh und landwirtschaftlichen Produkten über die innerstaatliche Grenze auf ein Minimum. Dies traf vor allem Wien mit besonderer Härte.<sup>1</sup> Zusätzlich wurden wichtige Agrargebiete der östlichen Reichshälfte zum Kriegsschauplatz.

Im Kronland Steiermark ließen die Nähe zu Wien sowie die Errichtung von Flüchtlings-, Internierten- und Kriegsgefangenenlagern die Nachfrage nach Lebensmitteln zusätzlich steigen. Den eigentlichen Gewinn aus dieser Entwicklung zogen in den ersten Kriegsmonaten allerdings nicht die Bauern, sondern die Zwischenhändler. Sie nutzten bei ihren Ankäufen zum einen die Unwissenheit der Landwirte hinsichtlich der ständig neuen landwirtschaftlichen Verordnungen und zum anderen die Abwesenheit der Männer von den Höfen aus. Außerdem hatten sie im Gegensatz zu den Bauern die Möglichkeit, die Waren über weite Strecken zu versenden und sich den besten Marktpreis im Lande auszusuchen.

Den Bauern entstanden durch die Kriegswirtschaft zahlreiche Probleme. Ihr Hauptproblem war hierbei der durch die Mobilmachung verursachte Mangel an Arbeitskräften. In seiner Eigenschaft als Präsident der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Steiermark erließ Edmund Graf Attems einen Aufruf, wonach Arbeitslose aus den Industriezentren zum Erntedienst herangezogen werden sollten.<sup>2</sup> Über die „Landesarbeitsstelle des Landesverbandes für Wohltätigkeit“ in Graz konnten Flüchtlinge aus dem Osten als Arbeitskräfte angeworben werden. Neben Soldaten, welche Ernteurlaub erhielten, waren 1915 auch die ersten Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft tätig. Im dritten Kriegsjahr wurden dann bereits über das ganze Jahr mehr als 25.000 Kriegsgefangene, meist Russen, in der steirischen Landwirtschaft eingesetzt. Dies war die höchste Anzahl an derartigen Arbeitskräften in allen österreichischen Ländern.<sup>3</sup> Im Dienste der Öffentlichkeit, unter Aufsicht der steirischen Agrarbehörden, machten Kriegsgefangene 110 Hektar Land urbar und bauten bzw. verbreiterten 47 Kilometer an Gebirgswegen und Straßen.<sup>4</sup> Hinzu kommen die vielen Bachregulierungsarbeiten, welche teilweise noch heute landwirtschaftliches Anbaugelände vor Hochwasser schützen.

Zum Mangel an Arbeitskräften kam hinzu, daß auch die Pferde zunehmend für militärische Zwecke verwendet wurden und dadurch der Verwendung in der Landwirtschaft verloren gingen. Durch Pferdeschlachtungen für die Fleischversorgung wurde in den beiden letzten Kriegsjahren der Bestand zusätzlich dezimiert. Ein eigens herausgegebenes Büchlein sollte die Landbe-

völkerung anhalten, verstärkt Ochsen und Kühe als Zugtiere einzusetzen.<sup>5</sup>

Zwischen 1913 und 1917 gingen bei den wichtigsten Pflanzengattungen die Anbauflächen im Kronland Steiermark zurück. Am stärksten betroffen waren davon Weizen, Roggen und Hafer. Nur die Maisanbaufläche blieb, bis auf 1916, über dem Wert der Friedenszeit. Ähnlich sah es bei den Ernterträgen aus. Hoch blieb nur der Mais- und Kartoffelertrag. Letzterer erreichte 1917 sogar seinen höchsten Stand. Ansonsten drückten Mangel an Saatgut und Düngemitteln den Ertrag pro Hektar.<sup>6</sup> Doch auch die Kartoffelernte deckte zwischen 1916 und 1918 nur die Hälfte des steirischen Eigenbedarfs, und es mußten zusätzlich Einkäufe im Inland sowie in Polen und Deutschland getätigt werden.<sup>7</sup> Desgleichen waren Importe an Mehl notwendig, nachdem alle ergriffenen Anbaumaßnahmen keinen Erfolg zeitigten. 1916/17 mußte viermal mehr Mehl eingeführt werden als im Land selbst erzeugt werden konnte; in den letzten beiden Kriegsjahren sogar die fünffache Menge.<sup>8</sup>

Vor Kriegsbeginn kamen in der Steiermark auf 1000 Einwohner 203 Kühe. Nur Wien lag noch unter diesem Wert. Die hohen Ablieferungsquoten und der immer größer werdende Mangel an Futtermitteln setzten dem Viehbestand stark zu. Die Statthalterei überlegte daher 1917 auch die Not-schlachtung von 100.000 Rindern, doch scheiterte das Projekt an der Errichtung der notwendigen Tiefkühlanlagen.

Für die Viehaufbringung wurde die Steiermark in 370 Einkaufssprengel mit ebensovielen Einkäufern unterteilt, welche sich an die entsprechend festgelegten Quoten zu halten hatten. Diese Quotenregelung stimmte mit den Aufbringungsmöglichkeiten aber meist nicht überein. In den 20 Monaten von Mai 1916 bis Dezember 1917 blieb zwischen Vorschreibung und Aufbringungsrealität eine Lücke von 40.000 Stück Vieh.<sup>9</sup> Der Fleischbedarf betrug für das Gebiet der Steiermark 1919 17,5 Millionen Kilogramm.

Die steirischen Rinder- und Schweinebestände wurden durch den Krieg jeweils um zirka 50 Prozent dezimiert. Rinder und Schweine wurden besonders nach Wien geliefert, wobei im letzten Kriegsjahr neben Niederösterreich nur noch die Steiermark Wien mit Fleisch versorgte.

Durch den Rückgang des Viehbestandes verschlechterte sich die Milchversorgung der Städte dramatisch: in Graz von 70.000 Liter im Jahr 1914 auf 14.000 Liter im Jahr 1918 oder in Bruck/Mur von 3900 auf 1020 Liter.<sup>10</sup> Mittels Landesgesetzes wurde auch eine eigene steirische Butter, welche als solche gekennzeichnet werden mußte, mit einem eigenen Butterpreis eingeführt. Diese nicht genehmigte Vorgangsweise mußte auf Druck aus Wien wieder zurückgenommen werden.

Unterstützung fanden die Landwirte in dieser Zeit bei der „k.k. landwirt-

<sup>5</sup> Alois Günthart, Die Kuh als Zugtier. Graz 1918 (5. Auflage).

<sup>6</sup> Anbau und Ernte der wichtigsten Körnerfrüchte in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern. Nach amtlichen Quellen im k. k. Ackerbauministerium zusammengestellt. Wien 1913 ff. (später auch mit anderem Titel).

<sup>7</sup> Das österreichische Ernährungsproblem, 4. Heft, Tab. IV, S. 570 f.

<sup>8</sup> Die Kriegsetreideverkehrsanstalt. Ihr Aufbau und ihr Wirken. Wien—Leipzig 1918, Tab. 6.

<sup>9</sup> Tätigkeitsbericht über die Zeit vom 13. April 1916 bis 31. Dezember 1917 der Österr. Vieh- und Fleischverkehrs-Ges., Zweigstelle Graz, S. 3, B. 2.

<sup>10</sup> Das österreichische Ernährungsproblem, 3. Heft, S. 359.

<sup>1</sup> 75 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte kamen aus Ungarn, 15 Prozent aus Galizien.

<sup>2</sup> Landwirtschaftliche Mitteilungen für Steiermark, 1. August 1914, S. 233.

<sup>3</sup> Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, MdI 40698/17.

<sup>4</sup> Verordnungsblatt der Stmk. Landesregierung, 16. April 1919, S. 261 ff.

schaftlichen Gesellschaft in Steiermark“ und beim „Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark“. Die Abgabe subventionierter Zuchttiere, der Ankauf von Erntemaschinen und die Vermittlung kleinerer, für die Landwirtschaft hilfreicher Geräte gehörten zu den Aufgaben dieser Einrichtungen. Als die Aufbringungsquote für Vieh in die Höhe geschraubt wurde, reiste eine Delegation der Gesellschaft unter Führung ihres Präsidenten Graf Attems nach Wien und wurde bei mehreren Ministern in dieser Sache vorstellig.

Hohe Nachfrage und Rückgänge der Ernteerträge bzw. der Viehbestände führten trotz Preisregelungen zu Preisanstiegen, von denen die Bauern kurzzeitig profitieren konnten. Wilhelm Winkler beurteilte die landwirtschaftliche Kriegswirtschaft wie folgt:<sup>11</sup>

1. Bis Ende 1914 Hochkonjunktur und hohe Gewinne.
2. Bis Ende 1915 erste Höchstpreise, aber weiter Hochkonjunktur.
3. Bis Mitte 1916 Höchstpreise für Schlachtvieh, Herabdrückung der Getreide- und Kartoffelpreise.
4. Bis Kriegsende Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. Nur der Schweinepreis bleibt gut.

Viele Landwirte nutzten die Gunst der Stunde und beglichen ihre Schulden aus der Vorkriegszeit unter Mithilfe der Preisentwicklung und der Inflation. Die Gewinne, welche der Bauer aus dem Krieg zog, waren nur relativ. Zwar wurden den Eigentümern von Kutschen, Pferden u. a. requirierten Dingen gute Preise bezahlt, aber meist konnten sich diese während des Krieges keine neuen Pferde, Kutschen etc. beschaffen, und wenn es ihnen nach Kriegsende gelang, mußten sie wesentlich mehr dafür bezahlen, als sie seinerzeit erhalten hatten. Oft konnten nicht einmal die nötigsten Investitionen getätigt werden, da der jeweilig benötigte Bedarfsgegenstand nicht verfügbar war. Viele Höfe waren nach dem Krieg entschuldet, aber in ihrer Substanz geschwächt. Landwirtschaftliche Geräte waren abgenutzt oder defekt, und Ersatzteile gab es kaum.

Gegen Ende des Krieges begann sich der Unmut der Landbevölkerung offen zu äußern, und die politischen Parteien entsandten ihre Vertreter zu diversen Versammlungen, um sich die Stimmen der Bauern zu sichern. Mit ihrer Idee, alle Getreidevorräte einzuziehen und auch an Landwirte Brotkarten auszugeben, fanden die Sozialdemokraten wenig Gegenliebe bei der Landbevölkerung.

Bereits ein Jahr später, im ersten Friedensjahr, sah sich der steirische Landtag jedoch gezwungen, jenen Bauern, welche ohne ihr Verschulden kein Brot besaßen, Brotkarten auszufolgen.<sup>12</sup>

Gegen Ende 1918 begannen sich, angeregt durch Mitglieder der Christlichsozialen Partei, Bauernräte zu bilden. Im November 1918 reichte auch der „Deutsche Bauernbund für Steiermark“ seine Satzungen bei der Landesregierung zur Genehmigung ein. Sechs Jahre später wurden die Bedingungen: christliche Religionszugehörigkeit und christliche Volkszugehörigkeit,

<sup>11</sup> Wilhelm Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges. Wien 1930, S. 98 f.

<sup>12</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des steiermärkischen Landtags, 10. Sitzung, 2. 10. 1919.

für eine Aufnahme in die Partei, in „deutscharisch“ abgeändert. Das Vereinsstatut forderte u. a. den Schutz des Bauernstandes gegen Übergriffe der Jagd und die Ausschaltung des privaten Güterhandels; Boden sollte über Vorkaufsrecht des Staates Gemeinden und gemeinnützigen Anstalten sowie „volksfremden“ oder jüdischen Eigentümern entzogen werden.<sup>13</sup>

Auf der Gründungsversammlung in Bruck a. d. Mur wurden weitere Entschlüsse getroffen: In einem Punkt wurde die Regierung aufgefordert, für die die Landwirtschaft betreffenden Agenden anstelle von Juristen nur noch Fachleute einzusetzen. Bereits nach kurzer Zeit gab der Bauernbund seinen Mitgliederstand mit 20.000 Personen an.

Der Trend zu politischer und wirtschaftlicher Interessenvertretung in der Landwirtschaft wurde durch die harten Kriegsjahre verstärkt und hielt auch in den ersten Nachkriegsjahren an. In nur sieben Jahren, von 1913 bis 1920, stieg die Anzahl der Genossenschaften von 81 auf 94, wobei letztere Zahl die Genossenschaften der abgetretenen Gebiete in der Untersteiermark nicht mehr berücksichtigt. Im gleichen Zeitraum stieg die Mitgliederzahl um 15.000 auf insgesamt 87.000 im Gebiet der heutigen Steiermark. Zwei Drittel des Zuwachses erfolgten in den ersten beiden Nachkriegsjahren.<sup>14</sup>

Mit Kriegsende waren die Probleme in der Lebensmittelaufbringung nicht beseitigt. Nun suchte der Landtag nach Lösungen auf breiter Basis, um die Versorgungslage zu sichern und gleichzeitig den bäuerlichen Unmut über Ablieferungsbestimmungen zu dämpfen. Besondere Probleme bereitete die Fleischaufbringung. Zweimal brachte die Bauernpartei den Vorschlag ein, Fleischablieferungen durch eine entsprechende Menge Milch, Butter, Fett, Getreide oder Kartoffeln zu ersetzen.

Im Frühjahr 1919 erhielt Wien die Warnung, südsteirische Bauern planten entlang der Demarkationslinie einen regelrechten Angriff zur Befreiung der besetzten Untersteiermark. Im Staatsamt des Inneren vermutete man Reserveoffiziere aus Grazer Studentenkreisen hinter der geplanten Aktion. Bereits 14 Tage nach Einlangen dieser Meldung hatte sich die Situation wieder beruhigt, da die Landarbeit die Bauern wieder voll in Anspruch nahm.<sup>15</sup>

Im Bezirk Hartberg, der in den folgenden Monaten zum Zentrum des Widerstandes der Bauern werden sollte, wurde im Dezember 1918 eine Gruppe bewaffneter und uniformierter Männer festgenommen, die mittels gefälschter Papiere Vieh requiriert hatten. Bereits einen Monat später setzte sich erstmals eine größere Anzahl von Bauern bei der Viehrequirierung im Bezirk Deutschlandsberg zur Wehr. Mehrere Landwirte wurden verhaftet, aber gleichzeitig geriet die Schlachtviehaufbringung ins Stocken. Die ersten Zusammenstöße gab es dennoch wegen Tabakmangels. In Pöllau plünderten etwa 1000 Personen die Schaufenster eines ortsansässigen Kaufmannes. Zuvor war er der Forderung einiger junger Burschen nach Herausgabe von Tabak nicht nachgekommen. Wie sich herausstellte, lagerte er Tabakreserven der Vormonate, um sie zu einem späteren Zeitpunkt teurer abzugeben.

<sup>13</sup> Stmk. LA, Statth., 297 a-1940/18.

<sup>14</sup> Jahresberichte des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Steiermark.

<sup>15</sup> Archiv d. Republik (= A. d. R.), BKA f. Inneres, 1918/19, 22/ Stmk., AZ 12.297/19 u. 14.358/19.

Über Vermittlung der Gendarmerie wurde dieser ganze Bestand schließlich an die wütende Landbevölkerung verkauft. Die verhafteten Rädelsführer mußten auf Druck mehrerer hundert Demonstranten und einer besorgten Gemeindevorstellung wieder auf freien Fuß gesetzt werden.<sup>16</sup> Der Bezirkskommandant von Hartberg befürchtete keine weiteren Ausschreitungen dieser Art in seinem Bezirk. Die Lage spitzte sich erst wieder zu, als die Gewerbetreibenden des Marktes Pöllau in Erwägung zogen, ihre Verschleißstellen für Lebensmittel infolge der Ereignisse zu schließen. Dem Bezirkskommissar gelang es aber, sie umzustimmen. Die Lage kam aber nicht zur Ruhe, da die Brotrationen des Bezirkes um die Hälfte gekürzt werden mußten und Lebensmittel, die dem Schleichhandel abgenommen worden waren, nur mehr nach Graz geschickt wurden, statt wie bisher zum Teil an die Bedürftigen des Bezirkes verteilt zu werden. Die Bezirkshauptmannschaft richtete daher an die Landesregierung die Bitte, beschlagnahmte Lebensmittel aus dem Schwarzhandel und verstärkte Mehlzuweisungen ihr zukommen zu lassen, da ansonsten nicht weiter für Ruhe und Ordnung garantiert werden könnte. Was folgte, waren verständliche Reaktionen der Bauern, die nicht einsehen wollten, daß sie Hunger leiden und gleichzeitig ihre letzten Lebensmittel abgeben sollten. Kurze Zeit später stellten Bauern der Gemeinde Hinteregg bei Pöllau fünf Gendarmen, welche zur Viehrequirierung ausgerückt waren. Als die Menge der wütenden Landwirte auf 130 Personen answoll, zog sich die Gendarmerieeinheit unverrichteter Dinge zurück. Unter den beteiligten Gendarmen war man der Meinung, es habe sich um eine wohl vorbereitete Aktion gehandelt. Zur Klärung der Situation entsandte Wien einen Polizeiagenten in die Region.<sup>17</sup> Der Landesbefehlshaber für Steiermark stellte 260 Mann mit drei Maschinengewehren in den Bezirk ab, weitere 70 Beamte wurden aus Wien herangezogen, zusätzliche Kräfte standen in Graz in Reserve. Diese Aktion spitzte die Lage noch mehr zu, da Pöllau nun die Kosten und Lebensmittelversorgung dieser Truppe zu tragen hatte. In seinem Bericht nach Wien meldete der Agent, daß die Zeit der Schnapsbrennerei eine große Rolle spiele. Weiters werde das Gebiet von Hamstern heimgesucht, und die Bauern verkauften lieber an diese und tauschten lieber mit diesen. Selbst das Arbeiterhilfskorps aus Graz beteiligte sich am Tauschhandel und gab seine Waffen gegen Lebensmittel. Es schien überhaupt zweifelhaft, ob es im Ernstfall gegen die Bauern vorgehen würde.

Dem Anraten der Bezirkshauptmannschaft Hartberg folgend, wurden die Requisitionen eingestellt, und man bemühte sich um die Aufklärung der Bevölkerung. Dieser Vorgangsweise schloß sich das Staatsamt für Inneres an. In einem Schreiben an alle Landesregierungen meinte es, daß der teilweise bewaffnete Widerstand gegen Requisitionen in Teilen Deutsch-Österreichs eine bewaffnete Selbsthilfe der Betroffenen nach sich ziehen würde. Wenn Arbeiter und Volkswehr selbst die Lebensmittelbeschaffung in die Hand nehmen würden, wären die Folgen katastrophal. Es müsse unbedingt auf die Bauern eingewirkt werden.

Mitglieder der Christlichsozialen Partei sprachen in Hartberg zu den Bauern. Drei- bis vierhundert Bauern kamen mit Knüppeln bewaffnet. Beson-

ders kritisierten sie die Vorgangsweise der Aufbringungskommanden. Dennoch gelang es den Politikern, die Situation wieder in den Griff zu bekommen.<sup>18</sup> Die Landesregierung nützte die Vorfälle, um in Wien fünf Millionen Kronen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu verlangen.<sup>19</sup> Zusätzlich erließ sie eine Verordnung, wonach alle Bezirke, die ihrer Lieferverpflichtung nicht nachkamen, mit der Einquartierung von Volkswehr bis zur Abgabe der geforderten Menge rechnen müßten. Die Kosten aus deren Einquartierung sollten zu Lasten der jeweiligen Gemeinde gehen, ohne Anspruch auf Ersatz.<sup>20</sup>

In Gleichenberg verursachte das Auftreten einer Volkswehreinheit einen bewaffneten Zusammenstoß mit Bauernburschen. Insbesondere Annäherungsversuche derselben bei einheimischen Mädchen führten zur Eskalation. Nach kurzem Wortgefecht kehrten etwa 15 Burschen mit Gewehren bewaffnet zurück und verwickelten den Trupp, der sich in ein Gasthaus zurückgezogen hatte, in ein vierstündiges Feuergefecht. Obwohl die Einheit aus Graz mit einem MG ausgerüstet war, gab es nur einen Leichtverletzten auf seiten der Volkswehr, der sich vermutlich in der Aufregung selbst angeschossen hatte. Am nächsten Morgen lieferten die beteiligten Burschen ihre Gewehre freiwillig der Gemeinde ab, und mangels einer Wiederholungsgefahr wurde von einer Verhaftung Abstand genommen. In Graz traf am selben Tag eine viel dramatischere Depesche ein: Bauern das Feuer eröffnet, wohl vorbereitete Aktion der Bauern, telephonische Verbindung unterbrochen, alle Zufahrtstraßen unter lebhaftem Feuer. Der wahre Sachverhalt war durch die Gendarmerie bald aufgeklärt und blieb ohne große Reaktion aus der Landeshauptstadt.<sup>21</sup>

Ein Jahr später ereignete sich der letzte große Zusammenstoß zwischen Gendarmerie und Bauern. Die Landwirte des Bezirkes Radkersburg lieferten kein Vieh mehr ab. Die als Reaktion von der Landesregierung entsandte 100 Mann starke Gendarmerieabteilung wurde bei Gosdorf von Bauern umzingelt, entwaffnet und ihr das beschlagnahmte Vieh wieder abgenommen. Nach diesem Erfolg setzten sich die rund 300 Bauern nach Mureck in Bewegung. Erst Landeshauptmannstellvertreter Ahrer konnte die Menge bewegen, der Gendarmerie die Waffen zurückzugeben.<sup>22</sup>

Im Mai 1920 überreichten 56 Vertreter aus 15 Gemeinden der Bezirkshauptmannschaft Feldbach eine sieben Punkte umfassende Resolution. In Punkt eins wurde erstmals öffentlich durch die Bauern auf die Bedeutung des Schwarzhandels hingewiesen: „... Wir können nicht mehr abgeben, da wir alle dringenden Gebrauchsartikeln nur gegen Lebensmittel erhalten können.“<sup>23</sup> Ein besonderes Anliegen war den Bauern die Barbezahlung von Viehaufkäufen. In den beiden folgenden Tagen drohte die Situation zu eskalieren. Daher wurden Viehverkäufe nach Eintreffen von Vertretern der Lan-

<sup>18</sup> Zu Zwischenfällen kam es weiters in Pischelsdorf, Gleichenberg, Friedberg und wiederholt in der Umgebung von Hartberg.

<sup>19</sup> A.d.R., BKA f. Inneres 1918—1928, 22/Stmk., AZ 20375/19.

<sup>20</sup> Verordnungsblatt der Steiermärkischen Landesregierung vom 23. 4. 1919, S. 278.

<sup>21</sup> A.d.R., BKA f. Inneres 1918—1928, 22/Stmk., AZ 9955/19, 12704/19 u. 9357/19. A.d.R. Landesbefehlshaber Stmk., Na. 421 Res/19.

<sup>22</sup> Siegfried Matzl, Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919—1929. Wien — Salzburg 1981.

<sup>23</sup> Oststeirische Volkszeitung, 9. 5. 1920, S. 4.

<sup>16</sup> Stmk. LA, Statth.-Präs. E 91-638/19.

<sup>17</sup> A.d.R., BKA f. Inneres 1918—1928, 22/Stmk., AZ 9955/19.

desregierung sofort gegen Bargeld abgelöst. Zwei Tage später kam es in Feldbach zu Plünderungen von Geschäften. Eine auf 5000 Menschen angewachsene Menge konnte erst durch abermaliges Eingreifen von Ahrer beruhigt werden. Er versprach einer Delegation der Demonstranten die Vorsprache beim Landeshauptmann in Graz.<sup>24</sup>

In Söchau, Riegersburg und Kirchberg a. d. Raab wurden ebenfalls Kaufmannsläden geplündert, die Bürger von Bauernburschen verprügelt. In letzterem Fall hatten die Betroffenen, unter ihnen ein ehemaliger Requirierer, besonderes Glück, da kurz zuvor Bauern Waffen aus dem Besitz der Heimwehr entwendet, aber keine entsprechende Munition gefunden hatten. Dennoch zogen es einige Bürger vor, für ein paar Tage nach Graz zu übersiedeln.

In Nestelbach bedurfte es Gendarmeriekräfte aus Graz, um die Wohnung des Gemeindevirtschaftsbeamten und das Gendarmeriegebäude von der aufgebrauchten Landbevölkerung zu räumen. Dies waren die letzten Zwischenfälle von Bedeutung nach Kriegsende.

Die „Plünderungen“ von Geschäften nach Salz, Zucker, Tabak und Streichhölzern richteten sich in erster Linie gegen die Kaufleute, welche vielfach, teilweise nicht zu unrecht, als Kriegsgewinnler angesehen wurden. In vielen Fällen bezahlte die aufgebrauchte Menge für die bei der Durchsichtung der Läden gefundenen Waren. Derartige „Plünderungen“ stellten für die Beteiligten eine berechtigte Form der Selbsthilfe dar.

Übergriffe gegen Beamte und Gendarmen waren nach vier Jahren Kriegswirtschaft und Zwangsablieferungen eine Art Notwehr der Landwirte; ausgelöst durch mangelnde Information der betroffenen Landbevölkerung, autoritäres und ungeschicktes Auftreten der Requirierungstrupps und fehlende politische Verbindungen zwischen der Landesregierung und Teilen der Landbevölkerung, welche sich von einem demokratischen Staat Deutsch-Österreich mehr erwartet hatte, als die anfängliche Fortführung von kriegswirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in der Friedenszeit: „... Ja, wir sind eben nur Oststeirer, die vergißt man nur zu gerne, namentlich in der freien Republik.“<sup>25</sup> Diese Meldung auf der Titelseite einer lokalen Tageszeitung gibt gut die herrschende Stimmung wieder.<sup>26</sup>

Das Gebiet selbst war fruchtbar und hatte eine verkehrstechnisch günstige Lage, wurde daher verstärkt zu Lebensmittelabgaben herangezogen. Gleichzeitig lockte dieser Umstand nicht nur Schleichhändler aus der Steiermark an, sondern auch aus Wien und Niederösterreich und führte den oststeirischen Bauern in besondere Versuchung, seine Produkte gegen Gebrauchsartikel zu tauschen oder diese sich zu guten Preisen abkaufen zu lassen.

<sup>24</sup> A.d.R., BKA f. Inneres 1918—1928, 22/Stmk., AZ 29629.

<sup>25</sup> Oststeirische Volkszeitung, 9. 5. 1920, S. 1.

<sup>26</sup> Bereits 1916 beschrieb der Obmann der christlich-sozialen Parteileitung für Steiermark, Hagenhofer, in einer Protestnote an die Wiener Ministerien die Stimmung in der bäuerlichen Bevölkerung des Kronlandes, welche die folgenden Ereignisse nach Kriegsende verständlicher macht. In seinem Schreiben stellte er fest: *Dazu kommen noch verschiedene Maßnahmen . . . welche geeignet sind, die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung herabzudrücken und ihr die Überzeugung geradezu aufzudrängen, daß man in den jetzt maßgebenden Kreisen die Absicht haben müsse, nach dem Krieg auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung . . . keine Rücksicht zu nehmen, wenn man bereits heute, . . . auf diese keine Rücksicht nimmt.* (Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, M.f.I., AZ. 3879/16).